

1954	Ausgegeben zu Bonn am 20. Mai 1954	Nr. 7
Tag	Inhalt:	Seite
18. 5. 54	Gesetz über das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Japan vom 8. Mai 1953 über den Schutz durch den zweiten Weltkrieg beeinträchtigter Rechte auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes	525
18. 5. 54	Gesetz über das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Brasilien vom 4. September 1953 über die Wiederherstellung der durch den zweiten Weltkrieg betroffenen gewerblichen Schutzrechte und Urheberrechte	533
15. 5. 54	Gesetz betreffend die Vereinbarung vom 23. Februar 1953 über die Regelung der Schweizerfranken-Grundsulden	538

**Gesetz über das Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Japan vom 8. Mai 1953
über den Schutz durch den zweiten Weltkrieg beeinträchtigter Rechte
auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes.**

Vom 18. Mai 1954.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tokio am 8. Mai 1953 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Japan über den Schutz durch den zweiten Weltkrieg beeinträchtigter Rechte auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes einschließlich des dem Abkommen beigefügten Protokolls wird zugestimmt.

Artikel 2

(1) Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem sie gemäß Artikel 8 des Abkommens in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, wenn das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. Mai 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister der Justiz
Neumayer

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Japan über den Schutz durch den zweiten Weltkrieg beeinträchtigt Rechte auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes

Die Bundesrepublik Deutschland und Japan, von dem Wunsch geleitet, ihre durch den zweiten Weltkrieg beeinträchtigten gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes zu regeln, sind übereingekommen, zu diesem Zweck ein Abkommen zu schließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Die Bundesrepublik Deutschland
den Abteilungsleiter im Bundesjustizministerium
Ministerialdirektor Dr. Günther Joël,

Japan
den Stellvertretenden Außenminister
Katsuzo Okumura,

die, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, die nachstehenden Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1

(1) Die in Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums in der am 2. Juni 1934 in London revidierten Fassung für die Hinterlegung von Nachanmeldungen für Erfindungspatente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster oder Modelle oder Fabrik- oder Handelsmarken vorgesehenen Prioritätsfristen, die vor dem 1. August 1941 noch nicht abgelaufen waren oder die erst an oder nach diesem Tage zu laufen begonnen haben, und die an oder vor dem 31. Dezember 1952 abgelaufen sind, werden bis zum Ablauf von 6 Monaten, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens, verlängert.

(2) Die Vergünstigung der Verlängerung der Prioritätsfristen gemäß Absatz 1 genießen Erstanmeldungen in einem Land, das im Zeitpunkt der Anmeldung Mitglied der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums war, einschließlich Erstanmeldungen bei den auf Grund des deutschen Gesetzes vom 5. Juli 1948 errichteten Annahmestellen Berlin und Darmstadt.

Artikel 2

Die nach der Gesetzgebung der beiden vertragschließenden Teile vorgesehene Frist zur Abgabe einer Prioritätserklärung, die sich auf eine Erstanmeldung im Sinne von Artikel 1 Abs. 2 gründet, endet nicht vor Ablauf von 6 Monaten, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens.

Artikel 3

Dritte, die in gutem Glauben in der Zeit zwischen dem 1. August 1940 und dem Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens eine Erfindung, ein Gebrauchsmuster oder ein gewerbliches Muster oder Modell in Benutzung genommen oder in dieser Zeit die erforderlichen Veranstaltungen dazu getroffen haben, können diese Benutzung nach Maßgabe der durch die Gesetzgebung des vertragschließenden Teils getroffenen Bestimmungen fortsetzen.

Artikel 4

Wenn die in der Gesetzgebung der beiden vertragschließenden Teile vorgeschriebene Bescheinigung über die Erstanmeldung nicht vorgelegt werden kann, weil die zuständige Behörde erklärt, an der Ausstellung einer solchen Bescheinigung durch Kriegsauswirkungen verhindert zu sein, so wird die beanspruchte Priorität zugelassen, wenn durch eine Erklärung der zuständigen Behörde sowohl Inhalt als auch Zeitpunkt der entsprechenden Erstanmeldung als glaubhaft gemacht erscheinen.

Artikel 5

(1) Die Schutzdauer von Warenzeichen, die in der Zeit zwischen dem 1. Januar 1942 und dem 31. Dezember 1952 abgelaufen ist, kann verlängert werden, sofern die Erneuerung des Warenzeichens innerhalb von 6 Monaten, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens, beantragt wird. Diese Erneuerung wirkt auf den Zeitpunkt des Ablaufs der ordentlichen Schutzdauer zurück.

(2) Hat der Inhaber eines im nationalen Register des anderen vertragschließenden Teils eingetragenen Warenzeichens, dessen ordentliche Schutzdauer in dem in Absatz 1 genannten Zeitraum ablief, schon vor Inkrafttreten dieses Abkommens das Warenzeichen neu angemeldet, so wirkt die Neueintragung auf den Zeitpunkt des Ablaufs der ordentlichen Schutzdauer zurück, sofern der Berechtigte dies innerhalb von 6 Monaten, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens, aber vor der Neueintragung des Warenzeichens, beantragt.

Artikel 6

Die in den Artikeln 1, 2, 4 und 5 vorgesehenen Vergünstigungen werden ohne Erhebung besonderer Gebühren und unabhängig davon gewährt, ob die Erfüllung gesetzlicher Erfordernisse für die Erlangung oder Erneuerung von Rechten schuldhaft oder unverschuldet unterblieben ist.

Artikel 7

(1) Unter dieses Abkommen fallen

- (i) natürliche Personen deutscher oder japanischer Staatsangehörigkeit, gleichgültig, wo sie ihren Wohnsitz haben;
- (ii) juristische Personen, die nach deutschem oder japanischem Recht bestehen.

(2) Die in den Artikeln 1, 2, 4 und 6 vorgesehenen Vergünstigungen werden Personen im Sinne des Absatzes 1 in bezug auf Rechte aus einer Erstanmeldung im Sinne von Artikel 1 Abs. 2, die sie von anderen als den in Absatz 1 bezeichneten Personen erworben haben, nur gewährt, wenn der Erwerb vor Ablauf der ordentlichen Prioritätsfristen erfolgt ist.

(3) Das Recht auf Erneuerung eines Warenzeichens gemäß Artikel 5 steht auch einer Person im Sinne des Absatzes 1 zu, die den Geschäftsbetrieb oder den Teil eines Geschäftsbetriebs, zu dem das Warenzeichen gehörte, dessen ordentliche Schutzdauer abgelaufen war, von einer Person im Sinne des Absatzes 1 erworben hat.

Artikel 8

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen alsbald in Bonn ausgetauscht werden. Das Abkommen tritt am fünfzehnten Tage nach dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und japanischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sein sollen, in Tokyo am 8. Mai 1953.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

Dr. Günther Joël

Für Japan
gezeichnet:

K. Okumura

Protokoll

Die unterzeichneten Bevollmächtigten sind bei der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Japan über den Schutz durch den zweiten Weltkrieg beeinträchtigter Rechte auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes (in folgendem bezeichnet als: das Abkommen) über folgende Bestimmungen übereingekommen, die einen Bestandteil des Abkommens bilden:

1. Die Bestimmungen in Artikel 2 finden auf diejenigen Fälle Anwendung, in denen die in Artikel 1 Abs. 1 erwähnte Nachanmeldung in der Zeit zwischen dem 1. September 1948 und dem Tage des Inkrafttretens des Abkommens ohne Prioritätserklärung bewirkt worden ist, sofern das beantragte Recht noch nicht erteilt ist.
2. Dritte im Sinne des Artikels 3 des Abkommens sind auch, ohne hierauf beschränkt zu sein, diejenigen Personen, die unter einer der folgenden Voraussetzungen eine Erfindung, ein Gebrauchsmuster oder ein gewerbliches Muster oder Modell in Benutzung genommen oder die erforderlichen Veranstaltungen dazu getroffen haben:
 - (i) wenn die Erfindung, das Gebrauchsmuster oder das gewerbliche Muster oder Modell von dem Dritten unabhängig von dem Gegenstand der Erstanmeldung gemacht worden ist oder wenn der Dritte seine Kenntnis von einer solchen Erfindung, einem Gebrauchsmuster oder einem gewerblichen Muster oder Modell von jemandem erlangt hat, der seinerseits die Erfindung, das Gebrauchsmuster oder das gewerbliche Muster oder Modell unabhängig von dem Gegenstand der Erstanmeldung gemacht hat;
 - (ii) wenn die Erfindung, das Gebrauchsmuster oder das gewerbliche Muster oder Modell, die Gegenstand der Erstanmeldung sind, zu der Zeit, zu der der Dritte die Erfindung, das Gebrauchsmuster oder das gewerbliche Muster oder Modell in Benutzung zu nehmen oder die erforderlichen Veranstaltungen dazu zu treffen begonnen hat, in dem Gebiet des vertragschließenden Teils, in dem die Nachanmeldung gemäß Artikel 1 Abs. 1 bewirkt worden ist, allgemein bekannt war.

Hierbei besteht Einverständnis darüber, daß in den Fällen von (i) die Frist nach Artikel 3 sich bis zur Zeit

der Nachanmeldung erstreckt, wenn diese nach dem Tage der Unterzeichnung des Abkommens bewirkt wird.

3. Die in Artikel 3 des Abkommens in Bezug genommene Gesetzgebung des vertragschließenden Teils ist mit folgender Maßgabe anzuwenden:
 - (i) der Dritte ist nicht verpflichtet, für die bisher vorgenommene Benutzung der Erfindung, des Gebrauchsmusters oder des gewerblichen Musters oder Modells Schadensersatz, Lizenzgebühren oder irgendeine andere Zahlung zu entrichten;
 - (ii) der Dritte darf die Benutzung fortsetzen oder auf Grund der getroffenen erforderlichen Veranstaltungen aufnehmen, ohne dafür Lizenzgebühren oder irgendeine andere Zahlung zu entrichten.
4. Ungeachtet der Bestimmungen in Artikel 7 Abs. 2 werden die in den Artikeln 1, 2, 4 und 6 vorgesehenen Vergünstigungen auch solchen natürlichen und juristischen Personen jedes der vertragschließenden Teile gewährt, welche die Rechte am oder vor dem 14. August 1952 von österreichischen Staatsangehörigen oder von Angehörigen eines Staates erworben haben, mit dem beide vertragschließenden Teile ein Abkommen abgeschlossen haben oder abschließen werden, das dem heute unterzeichneten Abkommen entspricht.
5. Keine Bestimmung des Abkommens ist so auszulegen, daß sie mit der Anwendung irgendeiner der Bestimmungen des am 8. September 1951 in San Francisco unterzeichneten Friedensvertrages mit Japan in Widerspruch steht.
6. Das Abkommen gilt für das Land Berlin.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und japanischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sein sollen, in Tokyo am 8. Mai 1953.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

Dr. Günther Joël

Für Japan
gezeichnet:

K. Okumura

の規定による期間は、後の出願がされる時まで延長されるものとする。

3 協定第三条の規定によるそれぞれの締約国の法令の適用は、次の了解に従うものとする。

(I) 第三者は、発明、実用新案又は工業的の意匠若しくはひな形を従来実施し、又はその実施の準備をしたことについて、損害賠償、実施に対する報酬その他いかなる名義の補償金も請求されない。

(II) 第三者は、実施に対する報酬その他いかなる名義の補償金も支払わないで、その実施を継続し、又はその準備に基き実施を開始することができらる。

4 協定第七条 2 の規定にかかわらず、協定第一条、第二条、第四条及び第六条に規定する利益は、いずれかの締約国の自然人及び法人で、オーストリアの国籍を有する者又は締約国の双方が本日署名されたこの協定と同種の協定を既に締結し

た国若しくは今後締結する国の国籍を有する者から千九百五十二年八月十四日以前に権利を取得したのものにも許与されるものとする。

5 協定のいかなる規定も、千九百五十一年九月八日にサン・フランシスコ市で署名された日本国との平和条約のいずれかの規定の適用に影響を与えらるものご認めてはならない。

6 ベルサン地区は、この協定の適用を受けるものとする。

以上の証拠として、各全権委員は、この議定書に署名した。

千九百五十三年五月八日に東京で、ひこしく正文であるドイツ語及び日本語により本書二通を作成した。

・ドイツ連邦共和国のために Dr. Günther Joël

日本国のために 奥村勝藏

であるドイツ語及び日本語により本書二通を作成した。

ドイツ連邦共和国のために Dr. Günther Joël

日本国のために 奥村勝藏

議定書

本日、第二次世界大戦の影響を受けた工業所有権の保護に関するドイツ連邦共和国と日本国との間の協定（以下「協定」という。）に署名するに當つて、下名の全権委員は、協定の不可分の一部をなす次の条項を協定した。

1 協定第二条の規定は、千九百四十八年九月一日からこの協定の効力発生の日までの間のいずれかの時において、優先権の主張をしないで協定第一条1の規定による後の出願を行うすべての場合に適用するものとする。但し、後の出願に係る発明又は考案が、それぞれ特許又は登録されていない場合に限る。

2 協定第三条の規定による第三者は、主として、

次のいずれかの場合において発明、実用新案又は工業的の意匠若しくはひな形を実施し、又はその実施のための必要を準備をした者をいうものとする。

(I) 最初の出願に係る発明、実用新案若しくは工業的の意匠若しくはひな形に係りなく自ら発明し、若しくは考案した場合又は最初の出願に係る発明、実用新案若しくは工業的の意匠若しくはひな形に係りなく発明し、若しくは考案した者からこれらを知得した場合

(II) 最初の出願に係る発明、実用新案又は工業的の意匠若しくはひな形が、協定第一条1に規定する後の出願が行われる締約国において、その実施又はその準備を開始した際公然知られていた場合

また、(I)に掲げる場合において、後の出願がこの協定の署名の日後行われるときは、協定第三条

あつたときは、その新たな登録は、通常の存続期間の満了の時にさかのぼつて効力を生ずる。

第六条

第一条、第二条、第四条及び第五条に規定する利益は、権利の取得又は確保のための法定の要件を満たすことができなかつたことが過失によるかどうかを問わず、許与されるものとする。また、それらの利益が許与されるに当つては、特別な手数料は、徴されないものとする。

第七条

- 1 この協定は、次の者に適用される。
 - (i) 住所のいかんを問わず、ドイツ又は日本国の国籍を有する自然人
 - (ii) ドイツ又は日本国の法令に基いて設立された法人

2 第一条、第二条、第四条及び第六条に規定する利益は、1に掲げる者がそれらの者以外の者から

第一条²の規定による最初の出願に基づく権利を取得した場合には、通常の優先期間が満了する日以前にその権利を取得したときにのみ、1に掲げる者に許与されるものとする。

3 第五条に規定する商標権の存続期間の更新の権利は、1に掲げる者から通常の存続期間が満了した商標権が帰属していた営業の全部又は一部を商標ごともに譲り受けた1に掲げるその他の者にも許与されるものとする。

第八条

この協定は、批准されなければならない。批准書は、すみやかにボンで交換されるものとする。この協定は、批准書の交換の日後十五日目に効力を生ずる。

以上の証拠として、各全権委員は、この協定に署名した。

千九百五十三年五月八日に東京で、ひこしく正文

ベルリン及びダルムシュタットの受理官庁に対してされた最初の出願が含まれるものとする。

第二条

第一条²の規定による最初の出願に基く優先権の主張をするためそれぞれの締約国の法令により許与される期限は、この協定の効力発生の日後六箇月を経過する日までの間、終了しないものとする。

第三条

千九百四十年八月一日からこの協定の署名の日までの間に善意で発明、実用新案又は工業的の意匠若しくはひな形を実施し、又はその実施のための必要な準備をした第三者は、それぞれの締約国の法令に従つてその実施を継続することができる。

第四条

権限のある官庁が、両締約国の法令で定める最初の出願に関する証明書を戦争の結果発給することができない旨を宣言したため、その証明書を差し出す

ことができなない場合には、主張された優先権は、その最初の出願の内容及び日付が権限のある官庁の宣言により信用するに足るものである限り、認められるものとする。

第五条

1 千九百四十二年一月一日から千九百五十二年十月三十一日までの間に満了した商標権の存続期間は、この協定の効力発生の日後六箇月以内にその更新登録が出願されたときは、更新することができる。この更新は、通常の存続期間の満了の時にさかのぼつて効力を生ずる。

2 各相手締約国の原簿に登録された商標で、1の規定による期間内に商標権の通常の存続期間が満了したものの所有者がこの協定の効力発生の日前にその商標の新たな登録の出願をしている場合において、この協定の効力発生の日後六箇月以内に且つ当該商標が登録される前にその者の申請が

第二次世界大戦の影響を受けた工業所有権の保護に関するドイツ連邦共和国と日本国との間の協定

ドイツ連邦共和国及び日本国は

第二次世界大戦の影響を受けた工業所有権の保護に関する事項における相互の関係を規制することを希望するので、

このため協定を締結することに決定し、次のとおりそれぞれの全権委員を任命した。

ドイツ連邦共和国

ドイツ連邦共和国司法省局長 ドクトル ギ

ウンター・ヨーエル

日本国

日本国外務事務次官 奥村勝藏

これらの全権委員は、互にその全権委任状を示

し、それが良好妥当であるを認められた後、次の規定を協定した。

第一条

1 千九百三十四年六月二日にロンドンで改正された工業所有権保護に関するパリ同盟条約第四条の規定に定める発明の特許又は実用新案、工業的の意匠若しくはひな形若しくは商標の登録の後の出願のための優先期間で、千九百四十一年八月一日前に満了していないもの又は同日以後に開始し始め、且つ、千九百五十二年十二月三十一日以前に満了したものは、この協定の効力発効の日後六箇月を経過する日まで延長されるものとする。

2 1の規定による優先期間の延長の利益は、当該出願の際工業所有権保護に関するパリ同盟条約の加盟国であつた国における最初の出願に基いて許与されるものとし、その最初の出願には、千九百四十八年七月五日のドイツ法に基いて設置された

**Gesetz über das Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Brasilien
vom 4. September 1953 über die Wiederherstellung der durch den zweiten
Weltkrieg betroffenen gewerblichen Schutzrechte und Urheberrechte.**

Vom 18. Mai 1954.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Rio de Janeiro am 4. September 1953 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Brasilien über die Wiederherstellung der durch den zweiten Weltkrieg betroffenen gewerblichen Schutzrechte und Urheberrechte wird zugestimmt.

Artikel 2

(1) Das Abkommen wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht

(2) Der Tag, an dem das Abkommen gemäß seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, wenn das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 18. Mai 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister der Justiz
Neumayer

**Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Brasilien über die Wiederherstellung
der durch den zweiten Weltkrieg betroffenen gewerblichen
Schutzrechte und Urheberrechte**

**Acôrdio sôbre restauração dos direitos de propriedade
industrial e direitos Autorais atingidos pela segunda guerra mundial entre
a República Federal da Alemanha e os Estados Unidos do Brasil**

**Accord entre la République Fédérale d'Allemagne
et les États Unis du Brésil sur la restauration des droits de propriété industrielle
et des droits d'auteur auxquels il a été porté atteinte
par suite de la deuxième guerre mondiale**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Vereinigten Staaten von Brasilien von dem Wunsche geleitet, in ihren gegenseitigen Beziehungen die Lage der gewerblichen Schutzrechte und Urheberrechte, die durch den zweiten Weltkrieg betroffen worden sind, zu regeln, sind übereingekommen, das folgende Abkommen zu schließen.

Zu diesem Zwecke haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik
Deutschland

Herrn
Dr. Fritz Oellers,
Außerordentlicher
und Bevollmächtigter Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
in Rio de Janeiro,

Herrn
Dr. Vollrath Freiherr von Maltzan,
Ministerialdirektor
im Auswärtigen Amt in Bonn;

Der Präsident der Vereinigten Staaten
von Brasilien

Herrn
Dr. Vicente Ráo,
Minister
für Auswärtige Angelegenheiten
der Vereinigten Staaten von Brasilien
in Rio de Janeiro,

die nach Austausch ihrer in guter und
gehöriger Form befundenen Voll-
machten die nachstehenden Bestim-
mungen vereinbart haben:

Artikel 1

Die aus Anlaß des zweiten Welt-
krieges von der Regierung der Re-
publik der Vereinigten Staaten von
Brasilien erlassenen gesetzlichen Be-

O Governo da República Federal da
Alemanha, e o Governo dos Estados
Unidos do Brasil, desejosos de regular
nas relações entre os dois países, a
situação dos direitos da propriedade
industrial e dos direitos autorais atin-
gidos pela segunda guerra mundial,
resolveram celebrar o presente Acôr-
do.

Para êsse fim o Presidente da Re-
pública Federal da Alemanha e o Pre-
sidente dos Estados Unidos do Brasil
nomearam seus Plenipotenciários a
saber:

O Presidente da República Federal da
Alemanha

Sua Excelência o Senhor
Dr. Fritz Oellers,
Embaixador
Extraordinário e Plenipotenciário
da República Federal da Alemanha
no Rio de Janeiro, e

Sua Excelência o Senhor
Dr. Vollrath Freiherr von Maltzan,
Diretor Geral do
Ministério das Relações Exteriores
da República Federal da Alemanha, e

O Presidente da República dos
Estados Unidos do Brasil

Sua Excelência
o Senhor Dr. Vicente Ráo,
Ministro
de Estado das Relações Exteriores

os quais, após haverem exibido reci-
procamente os seus Plenos Poderes
achados em boa e devida forma, con-
vieram no seguinte:

Artigo 1º

A partir da data de entrada em vigor
do presente Acôrdio, ficarão revogadas
as medidas legislativas adotadas pelo
Governo da República dos Estados

Le Gouvernement de la République
Fédérale d'Allemagne et le Gouverne-
ment des États Unis du Brésil, désireux
de régler, dans leurs relations mu-
tuelles, la situation des droits de
propriété industrielle et des droits
d'auteur auxquels il a été porté
atteinte par suite de la deuxième
guerre mondiale, ont convenu de
conclure le présent accord.

A cette fin, le Président de la Ré-
publique Fédérale d'Allemagne et le
Président de la République des États
Unis du Brésil ont nommé leurs Pléni-
potentiaires, savoir:

Le Président de la République Fédérale
d'Allemagne

Son Excellence
Monsieur Dr. Fritz Oellers,
Ambassadeur
Extraordinaire et Plénipotentiaire
de la République Fédérale d'Allemagne
à Rio de Janeiro, et

Son Excellence Monsieur
Dr. Vollrath Freiherr von Maltzan,
Directeur Général du Ministère
des Affaires Étrangères de la
République Fédérale d'Allemagne, et

Le Président de la République
des États Unis du Brésil

Son Excellence
Monsieur Dr. Vicente Ráo,
Ministre
des Affaires Étrangères

lesquels, après s'être mutuellement
échangé leurs pleins pouvoirs, qui ont
été trouvés en bonne et due forme,
sont convenus de ce qui suit:

Article 1er

A partir de la date de l'entrée en
vigueur du présent accord les mesu-
res législatives adoptées par le Gou-
vernement de la République des États

stimmungen betreffend Erfindungspatente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster oder Modelle, Fabrik- oder Handelsmarken, Firmenbezeichnungen, Firmenkennzeichen und Werbeschlagworte, die in Brasilien für deutsche Staatsangehörige bestehen, werden mit Wirkung vom Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens aufgehoben.

Artikel 2

(1) Rechte und Anmeldungen deutscher Staatsangehöriger, die sich im Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens auf Grund der Kriegsgesetzgebung im brasilianischen Nationalvermögen befinden, werden in dem Rechtszustand, in dem sie sich beim Übergang in das brasilianische Nationalvermögen befanden, an die früheren deutschen Berechtigten zurückerstattet, sobald von ihnen binnen einem Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens bei der Nationalen Behörde für gewerblichen Rechtsschutz ein dahingehender Antrag unter Zahlung einer besonderen Verwaltungsgebühr von 200,00 Cruzeiros (Zweihundert Cruzeiros) gestellt wird.

(2) Nach Ablauf der vorstehend festgesetzten Frist werden diejenigen Rechte und Anmeldungen, von denen dieser Artikel handelt, als erloschen angesehen, deren Rückgabe bis dahin nicht durch die betreffenden Berechtigten beantragt worden ist.

(3) Hinsichtlich derjenigen in Artikel 1 aufgeführten Rechte, die in das brasilianische Nationalvermögen übernommen und später schenkungsweise weiter übertragen worden sind, wird die Brasilianische Regierung bei den jetzigen Inhabern Schritte unternehmen, um eine Rückerstattung dieser Rechte an die früheren deutschen Berechtigten zu erreichen.

Artikel 3

Den Inhabern der durch die Pariser Verbandsübereinkunft anerkannten Rechte wird eine Frist bis zum Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens gewährt, damit sie ohne Zuschlags- oder Strafgebühr jede Handlung vornehmen, jede Förmlichkeit erfüllen, jede Gebühr bezahlen und ganz allgemein jeder Verpflichtung nachkommen können, die die Gesetze und Anordnungen zur Aufrechterhaltung der gewerblichen Schutzrechte vorschreiben, die gemäß Artikel 2 zurückerstattet werden. Das gleiche gilt für diejenigen Rechte und Anmeldungen, die vor dem Zeitpunkt des Übergangs in das brasilianische Nationalvermögen erloschen oder abgeleitet sind.

Artikel 4

Für diejenigen Rechte, die auf Grund des Artikels 2 zurückerstattet werden, werden für die Zeit, in der sich die Rechte im brasilianischen Nationalvermögen befanden, keine Abgaben oder Gebühren erhoben.

Unidos do Brasil em virtude da segunda guerra mundial e relativas aos direitos de patentes de invenção, modelos de utilidade, desenhos ou modelos industriais, marcas de indústrias ou de comércio, títulos de estabelecimento, insígnias comerciais e frases de propaganda, existentes no Brasil em nome de súditos alemães.

Artigo 2º

I — Os direitos e depósitos de pedidos de súditos alemães que, em virtude da legislação de guerra, estejam, na data da assinatura do presente Acôrdo, incorporados ao Patrimônio Nacional, serão restituídos na situação de direito em que se encontravam na data da referida incorporação, aos antigos titulares alemães desde que o requeiram perante o Departamento Nacional da Propriedade Industrial, dentro do prazo de um ano a contar da data em que entrar em vigor o presente Acôrdo e mediante o pagamento de uma taxa especial de expediente de Cr\$ 200,000 (duzentos cruzeiros).

II — Transcorrido o prazo acima estabelecido, serão considerados extintos os direitos e depósitos de que trata o presente artigo cuja restituição não tenha sido requerida pelos respectivos titulares.

III — Quanto aos direitos de que trata o artigo 1º e que foram incorporados ao Patrimônio Nacional e posteriormente transferidos por doação, o Governo brasileiro promoverá entendimentos com os seus atuais detentores no sentido de obter a restituição dos mesmos direitos aos seus antigos titulares alemães.

Artigo 3º

Será concedido o prazo de um ano a partir da entrada em vigor do presente Acôrdo aos titulares dos direitos reconhecidos pela Convenção da União de Paris para executarem, sem sobretaxa ou penalidade, qualquer ato, preencherem qualquer formalidade, pagarem qualquer taxa e em geral satisfazerem qualquer obrigação prescrita pelas leis e regulamentos para a conservação dos direitos de propriedade industrial que tiverem sido restituídos na forma do artigo 2º do presente Acôrdo, como também aqueles cujos registros expiraram, ou foram arquivados os pedidos, antes da data da incorporação ao Patrimônio Nacional.

Artigo 4º

Os direitos restaurados em virtude do disposto no artigo 2º não estarão sujeitos a qualquer emolumento ou taxa por ventura devidos no período em que estiveram incorporados ao Patrimônio Nacional.

Unis du Brésil en vertu de la deuxième guerre mondiale et relatives aux droits de brevets d'inventions, modèles d'utilité, dessins ou modèles industriels, marques d'industrie ou de commerce, titres d'établissement, enseignes commerciales et phrases de propagande existant au Brésil sous le nom de ressortissants allemands, seront abrogées.

Article 2

I) Les droits et dépôts de demande d'enregistrement au nom de ressortissants allemands qui, par suite de la législation de guerre, se trouvent incorporés au patrimoine de l'État brésilien à la date de la signature du présent accord, seront restitués à la situation de droit dans laquelle ils se trouvaient à la date de leur susdite incorporation, à leurs anciens titulaires allemands, dès que ceux-ci en aient déposé la demande par devant le Département National de la Propriété Industrielle, dans le délai d'un an à compter de la date d'entrée en vigueur du présent accord, et moyennant le paiement d'une taxe spéciale de 200 cruzeiros pour frais d'administration.

II) Une fois écoulé le délai prévu ci-dessus, les droits et dépôts mentionnés dans le présent article, et dont la restitution n'aura pas été requise par leurs titulaires respectifs, seront considérés éteints.

III) Par rapport aux droits mentionnés dans l'article 1er et qui aient été incorporés au patrimoine de l'État brésilien et ensuite transférés par voie de donation, le Gouvernement brésilien fera des démarches auprès de leurs détenteurs actuels en vue d'obtenir la restitution de ces droits à leurs anciens titulaires allemands.

Article 3

Le délai d'un an, à partir de l'entrée en vigueur du présent accord, sera accordé aux titulaires des droits reconnus par la Convention de l'Union de Paris pour pouvoir accomplir, sans payer de surtaxe ni d'amende, tout acte, remplir toute formalité, acquitter toute taxe et satisfaire en général à toute obligation prescrite par les lois et règlements pour le maintien des droits de propriété industrielle qui auront été restitués dans la forme de l'article 2 du présent accord, ainsi que des droits dont l'enregistrement a expiré, ou dont les demandes d'enregistrement ont été classées avant la date de l'incorporation au patrimoine de l'État brésilien.

Article 4

Les droits restaurés en vertu de l'article 2 ne seront sujets au paiement d'aucune taxe ni émolument qui soit dû pour la période pendant laquelle ils ont été incorporés au patrimoine de l'État brésilien.

Artikel 5

Benutzungsrechte, die die Regierung der Vereinigten Staaten von Brasilien dritten Personen an Erfindungspatenten, Gebrauchsmustern, gewerblichen Mustern oder Modellen, Fabrik- oder Handelsmarken, Firmenbezeichnungen, Firmenkennzeichen oder Werbeschlagworten deutscher Staatsangehöriger erteilt hat, erlöschen mit dem Tage der Rückgabe des Rechts an den früheren deutschen Berechtigten, jedoch unter Vorbehalt aller Bestimmungen und Bedingungen der in Kraft befindlichen öffentlich beurkundeten Pachtverträge.

Artikel 6

(1) Der Zeitraum zwischen dem 3. September 1939 und dem Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens bleibt außer Betracht sowohl bei der Berechnung der für die Ausübung eines Patentes oder eines Gebrauchsmusters, für die Benutzung einer Fabrik- oder Handelsmarke und für die Ausführung eines Modells vorgesehenen Frist als auch bei der Berechnung der in Artikel 6 bis Absatz 2 der Pariser Verbandsvereinbarung vorgesehenen Frist von drei Jahren.

(2) Patente, Fabrik- oder Handelsmarken, Gebrauchsmuster und gewerbliche Muster oder Modelle, die am 3. September 1939 noch in Kraft waren, dürfen vor Ablauf von zwei Jahren vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens an keiner der in Artikel 5 der Pariser Verbandsvereinbarung vorgesehenen Maßnahmen unterworfen werden.

Artikel 7

Die in Artikel 4 der Pariser Verbandsvereinbarung zum Schutze des gewerblichen Eigentums für die Hinterlegung von Anmeldungen für Erfindungspatente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster oder Modelle, Fabrik- oder Handelsmarken vorgesehenen Prioritätsfristen, die am 3. September 1939 noch nicht abgelaufen waren oder erst nach diesem Zeitpunkt aber vor dem Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens zu laufen begonnen haben, werden von jedem der vertragsschließenden Teile zugunsten der Angehörigen des anderen vertragsschließenden Teiles bis zum Ablauf eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens verlängert.

Artikel 8

Die Fristverlängerung des Artikels 7 kann in Anspruch genommen werden für Prioritätsrechte aus Anmeldungen in einem Vertragslande der Pariser Verbandsvereinbarung, einschließlich von Anmeldungen bei den zuständigen deutschen Behörden.

Artikel 9

Für die in Artikel 7 genannten Anmeldungen endet die nach der Gesetzgebung der beiden vertragsschließen-

Artigo 5º

Nos casos em que o Governo dos Estados Unidos do Brasil haja concedido a terceiros o uso de patentes de invenção, modelos de utilidade, desenhos ou modelos industriais, marcas de estabelecimento, insígnias comerciais e frases de propaganda de nacionais alemães, essa concessão expirará na data da reversão do direito ao antigo titular alemão, respeitadas, porém, em todos os seus termos e condições os contratos de arrendamento por escritura pública em vigor.

Artigo 6º

I — No cálculo do prazo previsto para a entrada em vigor da exploração de uma patente, ou de um modelo de utilidade, do uso de uma marca de fábrica ou de comércio, da exploração de um desenho ou de um modelo industrial, como também do prazo de 3 anos previsto na alínea 2 do artigo 6º bis da Convenção da União de Paris, não será computado o período compreendido entre 3 de setembro de 1939 e a data da entrada em vigor do presente Acôrdo.

II — As patentes, marcas de fábrica ou de comércio, modelos de utilidade e modelos industriais ou desenhos, que a 3 de setembro de 1939 se achavam ainda em vigor, não poderão ser atingidos por quaisquer das sanções previstas no artigo 5º da Convenção da União de Paris, antes de decorridos dois anos contados da data da entrada em vigor do presente Acôrdo.

Artigo 7º

Os prazos de prioridade previstos no artigo 4º da Convenção da União de Paris para a proteção da Propriedade Industrial, para o depósito de pedidos de patentes de invenção e modelos de utilidade, desenhos ou modelos industriais, bem como para o registro de marcas de indústria ou de comércio que não haviam expirado a 3 de setembro de 1939 e aquêles iniciados depois dessa data, mas antes do dia da assinatura do presente Acôrdo, serão prorrogados por ambas as Partes Contratantes, em favor dos nacionais da outra Parte, pelo prazo de um ano a contar da entrada em vigor do presente Acôrdo.

Artigo 8º

Consideram-se pedidos na forma do artigo 7º todos os depósitos efetuados em qualquer país vinculado à Convenção da União de Paris, inclusive os pedidos depositados nas Repartições alemães competentes.

Artigo 9º

O prazo estabelecido pela legislação das duas Partes Contratantes para a reivindicação de prioridade não se

Article 5

Aux cas où le Gouvernement des États Unis du Brésil aura octroyé à des tiers l'usage de brevets d'invention, de modèles d'utilité, de dessins ou modèles industriels, de marques d'industrie ou de commerce, de titres d'établissement, d'enseignes commerciales et de phrases de propagande ayant appartenu à des ressortissants allemands, la concession respective prendra fin à la date du retour du droit à l'ancien titulaire allemand, sous réserve cependant que les contrats de cession à bail, passés par devant notaire et encore en vigueur, seront respectés dans toute la plénitude de leurs termes et conditions.

Article 6

I) La période comprise entre le 3 Septembre 1939 et la date d'entrée en vigueur du présent accord ne sera pas prise en considération pour le calcul du délai prévu pour l'entrée en vigueur de l'exploitation d'un brevet d'un modèle d'utilité, de l'usage d'une marque de fabrique ou de commerce, de l'exploitation d'un dessin ou d'un modèle industriel, ni pour le calcul du délai de trois ans prévu dans le 2e. alinéa de l'article 6 bis de la Convention de l'Union de Paris.

II) Les brevets, marques de fabrique ou de commerce ou modèles d'utilité ou modèles industriels ou dessins qui se trouvaient encore en vigueur le 3 Septembre 1939 ne pourront être atteints par aucune des sanctions prévues dans l'article 5 de la Convention de l'Union de Paris, avant qu'il ne se soit écoulé deux ans à compter de la date d'entrée en vigueur du présent accord.

Article 7

Les délais de priorité prévus dans l'article 4 de la Convention de l'Union de Paris pour la protection de la propriété industrielle, pour le dépôt de demandes d'enregistrement de brevets d'inventions et de modèles d'utilité, de dessins ou modèles industriels, ainsi que pour l'enregistrement de marques d'industrie ou de commerce, qui n'avaient pas encore expiré le 3 Septembre 1939, et les délais commencés depuis cette date mais avant la date de signature du présent accord, seront prorogés d'une année par chacune des Parties contractantes, à compter de l'entrée en vigueur du présent accord, en faveur des ressortissants de l'autre Partie.

Article 8

Tous les dépôts effectués dans un pays membre de la Convention de l'Union de Paris, y compris ceux qui auront été demandés dans les bureaux allemands compétents, seront considérés comme ayant été demandés dans la forme de l'article 7.

Article 9

Le délai établi par la législation de chacune des Parties contractantes pour la revendication de priorité ne sera

den Teile vorgesehene Frist zur Abgabe einer Prioritätserklärung nicht vor Ablauf eines Jahres nach dem Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens.

Artikel 10

Wenn infolge von Kriegsauswirkungen die zuständige deutsche Behörde an der Ausstellung von Bescheinigungen über die Erstanmeldung verhindert ist, wird die beanspruchte Priorität zugelassen auf Grund einer Erklärung der zuständigen deutschen Behörde über Inhalt und Zeitpunkt der entsprechenden Erstanmeldung.

Artikel 11

Die natürlichen oder juristischen Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Gebiet eines der beiden vertragsschließenden Teile, die nach dem 3. September 1939 aber vor dem Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens eine Erfindung, ein Gebrauchsmuster oder ein gewerbliches Muster oder Modell, die einem Angehörigen des anderen vertragsschließenden Teiles gehören und für deren Anmeldung eine Priorität gemäß Artikel 7 in Anspruch genommen worden ist, in gutem Glauben in Benutzung genommen haben, können diese Benutzung nach Maßgabe der durch die geltende Landesgesetzgebung getroffenen Bestimmungen fortsetzen.

Artikel 12

Die Vergünstigungen dieses Abkommens stehen zu:

1. natürlichen Personen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, gleichgültig, wo sie ihren Wohnsitz haben, und juristischen Personen, die nach deutschem Recht bestehen;
2. natürlichen Personen, welche die brasilianische Staatsangehörigkeit besitzen, gleichgültig, wo sie ihren Wohnsitz haben, und juristischen Personen, die nach brasilianischem Recht bestehen.

Artikel 13

Die Bestimmungen des Artikels 1 gelten auch für die Urheberrechte deutscher Staatsangehöriger.

Artikel 14

Die Bestimmungen dieses Abkommens finden auch auf das Land Berlin Anwendung, wenn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Brasilien eine entsprechende Erklärung abgibt.

Artikel 15

Dieses Abkommen ist in deutscher, portugiesischer und französischer Sprache abgefaßt. Im Falle von Zweifeln in der Auslegung des deutschen und des portugiesischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

extinguirá, para os pedidos indicados no artigo 7º supra, antes de um ano a contar da data da entrada em vigor do presente Acôrdo.

Artigo 10º

Se, em consequência dos efeitos da guerra, a Repartição alemã competente estiver impedida de passar certidões comprovantes do primeiro depósito, será reconhecida a prioridade reivindicada, mediante declaração da Repartição alemã competente sobre o conteúdo e a data do correspondente primeiro depósito.

Artigo 11º

As pessoas físicas ou jurídicas domiciliadas ou estabelecidas no território de uma das Partes, e que, depois de 3 de setembro de 1939, mas antes da data da assinatura do presente Acôrdo, tenham de boa fé começado a exploração de uma invenção, de um modelo de utilidade, de um desenho ou modelo industrial pertencente a nacionais da outra Parte, cujos pedidos de proteção se venham a realizar na forma do artigo 7º, poderão continuar essa exploração nas condições previstas pela legislação local vigente.

Artigo 12º

Os benefícios do presente Acôrdo são aplicáveis:

- I — As pessoas físicas de nacionalidade alemã, independentemente do seu domicílio atual, bem como às pessoas jurídicas organizadas de acôrdo com as leis alemãs;
- II — As pessoas físicas de nacionalidade brasileira, independentemente do seu domicílio atual, bem como às pessoas jurídicas organizadas de acôrdo com a legislação brasileira.

Artigo 13º

Os dispositivos do artigo 1º também serão aplicáveis aos direitos autorais pertencentes a súditos alemães.

Artigo 14º

As disposições do presente Acôrdo serão também aplicáveis ao Estado de Berlin, se o Governo da República Federal da Alemanha fornecer ao Governo da República dos Estados Unidos do Brasil a correspondente declaração.

Artigo 15º

O presente Acôrdo é feito nas línguas alemã, portuguesa e francesa; em caso de divergência na interpretação dos textos alemão e português, prevalecerá o texto francês.

pas considéré comme écoulé pour les demandes mentionnées dans l'article 7 avant un an à compter de la date d'entrée en vigueur du présent accord.

Article 10

Au cas où, par suite des effets de la guerre, le bureau allemand compétent se trouverait empêché d'expédier les certificats probatoires du premier dépôt, la priorité revendiquée sera reconnue moyennant une déclaration du bureau allemand compétent quant au contenu et à la date du premier dépôt correspondant.

Article 11

Les personnes physiques ou juridiques domiciliées ou établies sur le territoire de l'une des Parties qui, après le 3 Septembre 1939, mais avant la date de la signature du présent accord, auront commencé de bonne foi l'exploitation d'une invention, d'un modèle d'utilité, d'un dessin ou modèle industriel appartenant à des ressortissants de l'autre Partie dont les demandes de protection viennent à être présentées dans la forme de l'article 7, pourront continuer ladite exploitation dans les conditions prévues par la législation locale en vigueur.

Article 12

Les avantages du présent accord sont applicables:

- 1) aux personnes physiques de nationalité allemande, quelque soit leur domicile actuel; ainsi qu'aux personnes juridiques organisées selon la loi allemande;
- 2) aux personnes physiques de nationalité brésilienne, quelque soit leur domicile actuel; ainsi qu'aux personnes juridiques organisées selon la loi brésilienne.

Article 13

Les dispositions de l'article 1er seront aussi valables pour les droits d'auteur appartenant à des ressortissants allemands.

Article 14

Les dispositifs du présent accord seront également applicables à l'État de Berlin, pourvu que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne fournisse au Gouvernement de la République des États Unis du Brésil la déclaration correspondante.

Article 15

Le présent accord est rédigé dans les langues portugaise, allemande et française. En cas de doute d'interprétation des textes portugais et allemand, le texte français prévaut et fera foi.

Artikel 16

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden. Es tritt in Kraft unmittelbar nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Bonn erfolgen soll.

ZU URKUND DESSEN haben die obengenannten Bevollmächtigten dieses Abkommen in zwei Ausfertigungen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Rio de Janeiro, am 4. September 1953.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Dr. Fritz Oellers
Vollrath Frhr. v. Maltzan

Für die
Vereinigten Staaten von Brasilien
gezeichnet:
Vicente Ráo

Artigo 16º

O presente Acôrdo será ratificado e entrará em vigor, imediatamente, depois da troca dos instrumentos de ratificação, a qual se efetuará em Bonn.

EM FÉ DO QUE, os Plenipotenciário acima nomeados firmaram o presente Acôrdo em dois exemplares e lhes apõem os seus respectivos selos.

FEITO na cidade do Rio de Janeiro aos quatro dias do mês de setembro de mil novecentos e cinqüenta e três.

Pelo Govêrno
da República Federal da Alemanha
assinado:
Dr. Fritz Oellers
Vollrath Frhr. v. Maltzan

Pelo Govêrno
dos Estados Unidos do Brasil
assinado:
Vicente Ráo

Article 16

Le présent accord sera ratifié et entrera en vigueur aussitôt après l'échange des instruments de ratification, qui sera effectué à Bonn.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires ci-dessus nommés ont signé le présent accord en deux exemplaires et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Rio de Janeiro, le quatre septembre mil neuf cent cinquante trois.

Pour la
République Fédérale d'Allemagne
signé:
Dr. Fritz Oellers
Vollrath Frhr. v. Maltzan

Pour la
République des États Unis du Brésil
signé:
Vicente Ráo

Gesetz betreffend die Vereinbarung vom 23. Februar 1953 über die Regelung der Schweizerfranken-Grundschulden.

Vom 15. Mai 1954.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Es wird zugestimmt, daß die am 23. Februar 1953 in Zürich zwischen Vertretern der Interessen der Frankengrundschuldgläubiger und Vertretern der Interessen der Eigentümer der belasteten Grundstücke geschlossene Vereinbarung über die Regelung der Schweizerfranken-Grundschulden gemäß Artikel 19 des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Bundesgesetzbl. II S. 331) als Anlage dieses Abkommens gilt.

Artikel II

(1) Die Vereinbarung wird als Anlage zu dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem sie gemäß den Artikeln 19 und 35 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden in Kraft tritt, ist der 16. September 1953.

Artikel III

(1) Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, wenn das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

(2) Der Tag, an dem die Vereinbarung gemäß den Artikeln 19, 24 und 35 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden im Land Berlin in Kraft tritt, ist der 5. Oktober 1953.

Artikel IV

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 15. Mai 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Vereinbarung über die Regelung der Schweizerfranken-Grundschulden

Die in der gemeinsamen Erklärung der deutschen und der schweizerischen Delegation zu den Verhandlungen über die Regelung der Schweizerfranken-Grundschulden vom 25. Juli 1952 (Unteranlage zu Anlage IV des Abkommens) vorgesehenen Verhandlungen, die unter Vorsitz der Vertrauensstelle in Zürich zwischen Vertretern der Interessen der Frankengrundschuldgläubiger unter Leitung von Herrn Dr. Hans Koenig und Vertretern der Interessen der Eigentümer der belasteten Grundstücke unter Leitung von Herrn Dr. Johannes Handschumacher stattfanden, haben zu folgender

Vereinbarung

geführt:

Artikel 1

Die nachfolgenden Bestimmungen beziehen sich auf die Frankengrundschulden im Sinne des Abkommens zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner vom 6. Dezember 1920 und des Zusatzabkommens hierzu vom 25. März 1923 (im folgenden Zusatzabkommen genannt).

Artikel 2

(1) Der Gläubiger wird die Fälligkeit der Gläubigergrundschuld bis zum 31. Dezember 1957 hinausschieben.

(2) Ab 1. Januar 1958 tritt die Fälligkeit der Gläubigergrundschuld nach Maßgabe des Tilgungsplanes (Artikel 3) ein.

Artikel 3

(1) Die Gläubigergrundschuld ist ab 1. Januar 1958 durch Zahlung nach dem Ausland wie folgt zu tilgen:

- a) In den ersten 5 Jahren (1. Januar 1958 bis 31. Dezember 1962) mit 3 v. H. jährlich;
- b) in den zweiten 5 Jahren (1. Januar 1963 bis 31. Dezember 1967) mit 8 v. H. jährlich;
- c) in den folgenden 3 Jahren (1. Januar 1968 bis 31. Dezember 1970) mit 15 v. H. jährlich

des Nennbetrages der Gläubigergrundschuld bei Inkrafttreten dieser Vereinbarung.

(2) Die Tilgungsrate ist jeweils bis zum Ende des Tilgungsjahres zu leisten.

Artikel 4

(1) Übersteigt die Gläubigergrundschuld den nach Absatz 2 zu berechnenden Wert des Grundstücks, so sollen die gemäß Artikel 3 geleisteten Tilgungsraten mit einem höheren Betrag als dem Nennbetrag der Zahlung angerechnet werden. Die Anrechnung erfolgt im Verhältnis der bei Inkrafttreten der Vereinbarung bestehenden Gläubigergrundschuld zu dem bei Fälligkeit der Tilgungsrate nach Maßgabe von Absatz 2 berechneten Wert des Grundstückes.

(2) Für die Berechnung des Wertes des Grundstückes zur Zeit der Fälligkeit der Tilgungsrate ist vom Verkehrswert der Mehrwert abzuziehen, der durch die Wiederherstellung des Grundstückes entstanden ist; dies gilt insofern nicht, als der Mehrwert auf zugestandene Zinsverzichte des Gläubigers zurückzuführen ist.

Artikel 5

(1) Die bei Inkrafttreten dieser Vereinbarung bis 31. Dezember 1952 fällig gewordenen und noch nicht gezahlten Zinsen sind vom Schuldner binnen sechs Monaten nach Zahlungsaufforderung in Deutscher Mark zu zahlen. In Härtefällen wird der Gläubiger die Zahlungsfrist angemessen verlängern.

(2) Soweit der Zins 4 v. H. der Gläubigergrundschuld übersteigt, wird er auf 4 v. H. gekürzt.

Artikel 6

(1) Die ab 1. Januar 1953 fällig werdenden Zinsen sind nach dem Ausland zu zahlen.

(2) Der Vertragszins (Höchstzins im Sinne von Artikel 6 Abs. 2 des Zusatzabkommens) ist um 25 v. H., jedoch nicht unter 4 v. H. zu kürzen.

Artikel 7

(1) Höchstzins und Mindestzins im Sinne von Artikel 6 Abs. 2 und Artikel 18 des Zusatzabkommens werden von dem jeweils ausstehenden Betrag der Gläubigergrundschuld errechnet.

(2) Wenn Tilgungen geleistet werden, so wird der Normalzins im Sinne von Artikel 19 des Zusatzabkommens folgendermaßen errechnet: Es wird der Prozentsatz ermittelt, der sich aus dem Verhältnis der Tilgungsrate zur Gläubigergrundschuld vor Tilgungsbeginn ergibt. Sodann werden 80 v. H. beziehungsweise bei Großobjekten (Artikel 7 Abs. 2 lit. a des Zusatzabkommens) 90 v. H. des so ermittelten Prozentsatzes vom Normalzinssatz des Vorjahres abgesetzt. Der verbleibende Normalzinssatz, auf den Reinertrag angewendet, ergibt den Normalzins.

(3) Werden Tilgungen über den Nennbetrag angerechnet (Artikel 4), so wird als Tilgung im Sinne von Absatz 2 nur der tatsächlich gezahlte Betrag berücksichtigt.

(4) Eine Herabsetzung des Normalzinses gemäß Absatz 2 und 3 findet bei den in Artikel 4 Abs. 4 des Zusatzabkommens genannten Gläubigergrundschulden erst statt, wenn eine solche Gläubigergrundschuld unter Berücksichtigung von Artikel 4 dieser Vereinbarung um die Hälfte getilgt ist. Sodann finden Absatz 2 und 3 mit der Maßgabe Anwendung, daß die bis dahin geleisteten Zahlungen außer Betracht bleiben.

Artikel 8

Kann unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere in Anbetracht des Zustandes und des Ertrages des belasteten Grundstückes dem Eigentümer die pünktliche oder vollständige Zahlung der in Artikel 3 vorgesehenen Tilgungsraten nicht zugemutet werden, so soll bei Fälligkeit einer Tilgungsrate der Gläubiger für die Entrichtung dieser Tilgungsrate oder eines Teiles davon eine angemessene Stundung bewilligen.

Artikel 9

(1) Würde der Wiederaufbau des beschädigten oder zerstörten Grundstückes durch eine Ablösung der Gläubigergrundschuld erleichtert, so sollen der Gläubiger der Grundschuld und der Eigentümer sich bemühen, die Gläubigergrundschuld abzulösen. Bei der Festsetzung des Ablösungsbetrages soll in der Regel von fünf Sechsteln beziehungsweise bei Großobjekten von zehn Elfteln des nach Artikel 4 Abs. 2 berechneten Grundstückswertes ausgegangen werden.

(2) Erhält der Eigentümer auf Grund der deutschen Gesetzgebung einen Ersatz für Kriegsschäden am Grundstück, so ist er verpflichtet, den Gläubiger der Grundschuld in Höhe von fünf Sechsteln beziehungsweise bei Großobjekten in Höhe von zehn Elfteln des Ersatzes so zu stellen, wie er im gleichen Falle den deutschen Gläubiger einer im Verhältnis eins zu eins umgestellten Grundschuld zu stellen hätte.

(3) In anderen Fällen der Ablösung sollen die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entsprechend berücksichtigt werden.

Artikel 10

(1) Ist das Gebäude auf dem belasteten Grundstück zu mindestens 20 v. H. zerstört, und verpflichtet sich der Eigentümer zu dessen Wiederherstellung, indem er nachweist, daß er die Mittel dazu besitzt oder beschaffen kann,

so hat der Gläubiger sein Einverständnis zu erteilen, daß die Gläubigergrundschuld hinter ein Tilgungsgrundpfandrecht oder mehrere Tilgungsgrundpfandrechte in Gesamthöhe von 60 v. H. der Aufbauposten zurücktritt.

(2) Ist das Gebäude auf dem belasteten Grundstück zu mindestens 50 v. H. zerstört, so hat der Gläubiger außerdem sein Einverständnis zu erteilen, daß die Gläubigergrundschuld im Verhältnis der Gläubigergrundschuld zum Verkehrswert des Grundstückes herabgesetzt wird. Die Eigentümergrundschuld wird in gleicher Weise behandelt. Wenn nach dieser Bestimmung eine Herabsetzung der Gläubigergrundschuld und der Eigentümergrundschuld erfolgt, so sind die Bestimmungen über die erhöhte Anrechnung von Tilgungsraten (Artikel 4) nicht anzuwenden.

(3) Die Absätze 1 bis 3 sind insoweit nicht anwendbar, als sich ihre Inanspruchnahme unter Berücksichtigung aller Umstände als Rechtsmißbrauch darstellen würde.

Artikel 11

Eine Herabsetzung der Gläubigergrundschuld in anderen als den in Artikel 4 und 10 genannten Fällen ohne Zustimmung des Gläubigers ist ausgeschlossen.

Artikel 12

(1) Kann sich der Gläubiger mit dem Eigentümer über die in Artikel 4, 7, 8 und 10 erwähnten Fragen nicht einigen, so entscheidet die Vertrauensstelle (Artikel 28 des Zusatzabkommens) auf Antrag des Gläubigers oder des Eigentümers als Schiedsgericht endgültig. Ihre Entscheidung ist bindend.

(2) Die Vertrauensstelle kann auf gemeinsamen Antrag von Gläubiger und Eigentümer auch den Wert des Grundstückes oder die Höhe der Ablössungssumme im Sinne von Artikel 9 festsetzen.

(3) Die Vertrauensstelle kann auf gemeinsamen Antrag von Gläubiger und Eigentümer auch andere zwischen ihnen bestehende Streitigkeiten entscheiden.

Artikel 13

(1) Die Bestimmungen der Artikel 4 und 7 bis 10 stellen eine erschöpfende Aufzählung der Erleichterungen dar, die der Eigentümer gemäß Artikel 11 Abs. 1 der Anlage IV in Anspruch nehmen könnte.

(2) Artikel 11 Abs. 2 und Artikel 17 der Anlage IV werden ersetzt durch die Bestimmungen des Artikels 12 dieser Vereinbarung.

Zürich, den 23. Februar 1953.

Für die Vertrauensstelle
gezeichnet:

das schweizerische Mitglied
Frölicher

das deutsche Mitglied
Stein

Für die Vertreter der Gläubigerinteressen
gezeichnet:
Koenig

Für die Vertreter der Eigentümerinteressen
gezeichnet:
Dr. Handschumacher

Schweizerische Erklärung zur Vereinbarung vom 23. Februar 1953

Die Gläubiger von Schweizerfranken-Grundschulden verweisen auf die grundsätzlichen Vorbehalte, die Herr Minister Stucki in der Eröffnungssitzung der Londoner Konferenz vom 28. Februar 1952 in London gemacht hat. Es wird ferner festgehalten, daß sich die schweizerische Regierung bereits in einer Note vom 18. Mai 1936 gegenüber der deutschen Seite alle Rechtsansprüche aus den Staatsverträgen vom 6. Dezember 1920 (Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reich betreffend die schweizerischen Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Franken-

forderungen an deutsche Schuldner) sowie vom 25. März 1923 (Zusatzabkommen) hinsichtlich des Transfers gewahrt hat. Demzufolge sind denn auch tatsächlich bis zum Jahre 1944 die Frankengrundschuldzinsen ungekürzt nach der Schweiz transferiert worden. Die Gläubiger von Schweizerfranken-Grundschulden stellen fest, daß ihre Rechte aus den beiden Staatsverträgen vorbehalten bleiben, wenn das Londoner Regierungsabkommen dahinfällt oder der darin vorgesehene Transfer ganz oder teilweise ausbleiben sollte.

Deutsche Erklärung zur Vereinbarung vom 23. Februar 1953

Wie die Deutsche Delegation bereits in der Erklärung vom 25. Juli 1952 (Unteranlage zur Anlage IV des Abkommens über deutsche Auslandsschulden) zum Ausdruck gebracht hat, ist sie der Auffassung, daß die Schweizerfranken-Grundschulden Gegenstand der Londoner Konferenz zur Regelung der deutschen Auslandsschulden sind.

Damit finden auf diese Schulden die Bestimmungen des Abkommens über deutsche Auslandsschulden vom 27. Februar 1953 Anwendung, und die Auswirkungen von Handlungen und Unterlassungen der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich für die Dauer des Abkommens aus diesen Bestimmungen.